

Rülke, Bethe

Der internationale Gerichtshof im Haag hat den Antrag Tanzigs auf Zulassung zum internationalen Arbeitsamt mit 6 gegen 4 Stimmen abgelehnt mit der Begründung, das juristische Statut der Freien Stadt Fanzia lasse den Beitritt Tanzigs nicht zu!

Die Agrarbewegung in Ost- und Südosteuropa.

Die Weltwirtschaftskrise, wie sie sich vor allem im Zusammenbruch der Getreidepreise offenbart, wirkt sich in katastrophaler Weise auf die Agrarstaaten Ost- und Südosteuropas aus. Frähtlich schon ungünstiger gestellt als die überseeischen Getreideländer werden sie vom Preissturz an den Getreidebörsen um so empfindlicher getroffen, als ihr gesamter Außenhandel fast ausschließlich auf dem Export ihres überschüssigen Getreides beruht, während die Ueberseeländer meist noch über andere Rohstoffe als wichtige Exportartikel verfügen. Die Neuordnung Europas hat ferner einschneidende Veränderungen in den handelspolitischen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten gebracht. Während vor dem Kriege ein System einheitlicher Handelsverträge den mitteleuropäischen Raum noch einigermaßen zu einer natürlichen Wirtschaftseinheit zusammenfaßte, ist er in der Nachkriegszeit in zahllose Einzelteile zerfallen, die zudem das Bestreben zeigen, aus nationalistischen und protektionistischen Gründen sich so voneinander abzuschließen, daß auch heute noch nicht zwischen sämtlichen normale Handelsverträge bestehen. Wo solche Handelsverträge zustande kamen, geschah dies ausschließlich auf der Basis der Meistbegünstigung. Gerade Deutschland ging hierin als Schrittmacher voran, in dem Glauben, nur auf diese Weise den Wiedereintritt in die alten weltwirtschaftlichen Wege und Beziehungen erzielen zu können. Diese Politik der gegenseitigen Meistbegünstigung, die also keinem Vertragsgegner eine irgendwie geartete Besserstellung erlaubte und von allen Vertragspartnern die gleichen Konkurrenzbedingungen auf dem heimischen Markt gewährte, erscheint schon seit geraumer Zeit in ihren Grundlagen erschüttert und beginnt heute, in eine offene Krise zu treten.

Es zeigt sich von Jahr zu Jahr mehr, daß die alte Vorstellung von einer einheitlichen Weltwirtschaft und der Wiederherstellung der alten weltwirtschaftlichen Beziehungen eine Täuschung ist. Während allenthalben, aber vergebens, ein Abbau der hohen Zollmauern propagiert wird und Völkerbund, internationale Handelskammern und andere Organisationen in Reden und Beschlüssen den Freihandel fördern, wachsen die Zollmauern unentwegt in die Höhe. Um die großen Handels- und Industrieländer als Kern der neuen Organisation der Weltwirtschaft bilden sich riesige, in sich geschlossene Wirtschaftsräume heraus. Die Vereinigten Staaten haben ihren Willen zum völligen Abschluß, zur Autarkie, noch jüngst durch eine abermalige Erhöhung der Zollmauern bekundet. In England wächst die Idee eines britischen Zollreiches und hat jetzt sogar die einflussreichen und von je her freihändlerisch gesinnten Handelskreise der City gewonnen. Frankreich zu Füßen liegt ein kolonialer Wirtschaftsraum, dessen ungeheure Möglichkeiten kaum erfasst sind und von der franz. Kraft allein überhaupt nicht ausgenutzt werden können, über dessen nationale Beherrschung Frankreich gleichwohl eifersüchtig wacht. Die Sowjet-Union ist völlig aus dem Gewebe der alten Weltwirtschaft herausgefallen, und Ostasien mit seinen riesigen Menschenmassen und Märkten befindet sich im Zustand der Revolution, die ebenfalls auf eine nationale Abschließung hinarbeitet. So finden sich alle großen Handels- und Industrieländer langsam in ihren nationalen Wirtschaftsraum zurück oder wachsen in ihn hinein — nur wir Deutschen besitzen noch kein plastisches Bild von dem Raum, der uns und unseren Lebensbedürfnissen kraft der natürlichen Bedingungen unserer geographischen Lage gegeben ist. Noch spukt die koloniale Idee in vielen Köpfen, in anderen die Hoffnung auf die überseeischen Märkte, die trotz der vielen Enttäuschungen nicht sterben

will. Die offizielle Politik hat gar von den treibenden Kräften der neuen Entwicklung in der Weltwirtschaft überhaupt noch keine Notiz genommen, sondern fährt in dem veralteten Schema der Meistbegünstigungsverträge fort.

Indessen ist der natürliche Wirtschaftsraum des deutschen Volkes, Mitteleuropa, den es mit seiner Kultur und seinem Blut durchdrungen hat, von selbst in Bewegung geraten und zeigt die Richtung an, der auch wir zu folgen haben. 10 Jahre haben sich Frankreich und dann Italien um seine Organisation bemüht, ohne dabei weiter zu kommen als zu rein politischen Kombinationen, denen aber der notwendige wirtschaftliche Untergrund fehlt. Dieses Intrigenspiel der Großmächte fand allerdings stets neue Nahrung an den tiefgehenden politischen Differenzen zwischen den einzelnen Staaten dieses Raumes. Es bedurfte daher eines schweren wirtschaftlichen Druckes, um sie auf ihre natürlichen Wege hinzuzwingen und sie zu einer nüchtern-wirtschaftlichen Betrachtungsweise ohne Rücksicht auf unfruchtbare politische Erwägungen zu veranlassen. Das erste Ergebnis ist die Konferenz von Sinaia, auf der der bedeutungsvolle Beschluß zwischen Jugoslawien und Rumänien zustande kam, eine Zollunion einzugehen. Was ist der Sinn dieses Abkommens? Beide Länder als Getreide-Exporteure wollen einen Block schaffen, der in der Lage ist, für seinen Getreideüberschuß bei den Industriestaaten bessere Preise zu sichern, wofür letzteren wieder bessere Absatzmöglichkeiten für industrielle Produkte gegerichtet werden sollen.

Nach Lage der Dinge hat das Ergebnis von Sinaia sämtliche Nachbarstaaten in größte Aufregung versetzt und auch in Deutschland stärkste Beachtung gefunden. Ein rumänisch-jugoslawischer Block ist — trotz seiner 32 Millionen Bevölkerung — noch unvollkommen. Eine volle Wirksamkeit kann er erst entfalten, wenn Ungarn und dann auch Bulgarien mit eingegliedert werden. Mit beiden Staaten sind hierüber schon vorher Verhandlungen gepflogen worden, und wenn auch der schnelle Abschluß zwischen Rumänien und Jugoslawien besonders in Budapest überrascht hat, so kann doch mit einer Einbeziehung Ungarns gerechnet werden. Wie denn auch an Ungarn und Bulgarien die ernstgemeinte Einladung ergangen ist, den Abmachungen von Sinaia beizutreten. Wer soll nun der industrielle Partner sein? Die Tschechoslowakei, der alte Genosse der Kleinen Entente, ist hierfür viel zu schwach. Sie sieht sich trotz gegenteiliger Versicherungen aus Bukarest zu ihrem Mißvergnügen plötzlich aus dem Raum des Donaubeckens ausgeschlossen, den von sich aus zu organisieren sie in verbündeter Selbstüberhebung bisher gehofft hatte, und sie findet sich an der Seite der beiden deutschen Nachbarn wieder, von deren Existenz man in Prag am liebsten keine Notiz nähme. Der werdende Agrarblock kann keine andere Richtung nehmen, wenn er seinen natürlichen Grundlagen treu bleiben will, als auf das Industriezweck Prag—Wien—Berlin. Seine Verbindung mit diesen Industriestaaten erfordert jedoch eine Abkehr von den bisherigen Methoden der Handelspolitik. Rumänien und Jugoslawien haben inmitten einer protektionistischen Welt kurz entschlossen der Meistbegünstigung den Rücken gekehrt und sind zu dem alten Prinzip der Reziprozität, des Zug um Zug zurückgekehrt. Eine so einfache Wendung ist für uns mit unserem empfindlichen und verzweigten Außenhandel natürlich nicht möglich. Aber daß ein Weg gesucht und gefunden werden muß, um den Anschluß an das werdende Mitteleuropa zu finden, wird für uns in den nächsten Jahren die Lebensfrage sein. In den führenden Kreisen der Wirtschaft hat man dies auch erkannt. Schrieb doch neulich der Langnamverein:

„Die großen landwirtschaftlichen Ueberseeländer, denen zufolge die deutsche Landwirtschaft bis an den Ruin gebracht wurde, also Kanada, U.S.A., Argentinien und Australien,

nehmen von der gesamten deutschen Industrieausfuhr nur 11 v. H. ab, während allein die mitteleuropäischen Länder mehr als das Doppelte der gleichen Erzeugnisse von uns kaufen. Es geht deshalb nicht an, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß diese Länder die Vorzüge eines Tarifabkommens mit Deutschland deshalb nicht genießen sollen, weil die Rückwirkungen jedesweden Entgegenkommens auf die deutsche Landwirtschaft untragbar sind. Die Untragbarkeit handelsvertraglicher Zugeständnisse für die Landwirtschaft rührt vielmehr daher, daß durch die Meistbegünstigung die Zugeständnisse an die mitteleuropäischen Länder ohne weiteres auch den überseeischen Ländern zugute kommen. Der Kernpunkt der Frage liegt in dem von unserer Handelspolitik als unantastbar angesehenen Grundsatz der völlig uneingeschränkten Meistbegünstigung.“

Diese Ergebnisse müssen unbedingt Eingang in die offizielle Politik des deutschen Außenministeriums finden — sofern eine solche zur Zeit überhaupt existiert —, wenn nicht die Agrarbewegung Ergebnisse zeitigen soll, die Deutschland vom Donaubecken ausschließen. Diese Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, wenn man die beiden Gegenströmungen betrachtet. Da sind einmal die Italiener, deren Balkanpolitik die Konferenz von Sinaia mit ihren Tendenzen zu einer großzügigen mitteleuropäischen Kombination sehr unbecquem ist. Sie arbeiten nach wie vor daran, eine klare Grenze nördlich von Oesterreich und Ungarn zu schaffen, die den deutschen Einfluß vom Donaubecken fernhält und südlich deren sämtliche Balkanstaaten dem wirtschaftlichen und politischen Einfluß Italiens unterworfen werden sollen.

Gegen diese Pläne wie gegen eine deutsche Orientierung der Balkanstaaten ist inzwischen ein anderer Stoß angelegt worden, der von Warschau aus gelenkt wird und die Unterstützung Frankreichs genießt. Polen, das ebenfalls als Agrarstaat stark unter der Wirtschaftsdpression leidet, günstig gelegen zwischen den agrarischen Randstaaten und dem Balkan, arbeitet an einer Föderation ganz großen Stils, die sich von der Ostsee bis zum Schwarzen und dem Mittelmeer erstrecken soll. Zu diesem Zwecke hat es kürzlich vorgeschlagen, alle in Frage kommenden Staaten zu einer Konferenz einzuladen, die über die Abstellung der Agrarkrise beraten soll. Dieser großzügige Plan verbirgt nur schlecht die polnischen ehrgeizigen Träume. Führer einer großen Staatsgruppe zu werden, die ihm eine gegen Deutschland und die Sowjetunion gleich starke Position verschafft. Daß es die stillschweigende Unterstützung Frankreichs genießt, ist klar. Aber es wäre verkehrt, anzunehmen, daß Polen auch Frankreich an den Früchten dieses Planes voll teilnehmen lassen will. Man ist nach schmerzlichen Erfahrungen der letzten Zeit in Polen stark gegen den westlichen Bundesgenossen verstimmt, der nicht mehr als ein so starker Gegner gegen deutsche Wünsche nach Revision der Ostgrenzen zu bewerten ist wie vordem (?). Zudem sagt dem polnischen Ehrgeiz die Rolle des ewigen Trabanten nicht mehr zu, sondern es möchte selbstherrlich Großmacht spielen. Diesem Bestreben kommt der amerikanische Finanzkapitalismus Deneh, dessen Deutsche Feindschaft durch mehrere taktlose Ausfälle gegen Deutschland bekannt ist, mit allen Mitteln entgegen. Wie es heißt, ist er aufs stärkste an dem Gelingen des polnischen Planes interessiert und hat für diesen Fall die Zusage gegeben, amerikanische Banken in der Tasche, Polen vom französischen Kapital unabhängig zu machen. Als Entgelt soll der neu geschaffene Staatenblock der amerikanischen Industrie seine Märkte öffnen.

Was von all diesen Plänen und Kombinationen Wirklichkeit werden wird, kann heute noch niemand sagen. Aber die Dinge sind in Fluß gekommen und zeigen bereits die Richtung, in der ihre zukünftige Formung möglich und nötig ist: Zusammenschluß der aufeinander angewiesenen Agrar- und Industriestaaten mit dem Ziel der Schaffung größerer in ihren Grenzen freihändlerisch orientierter Wirtschaftsgebiete. Ein Fingerzeig, wohin die Fahrt geht, gibt die Meldung, daß Jugoslawien und Ru-

Zwei umstrittene Verse.

Eine literarische Studie
aus Anlaß von Goethes Geburtstag.

An seinem letzten Geburtstag wollte Goethe fern von Weimar in dem ihm lieben Ilmenau. Die mit allen Reizen der Natur geschnüßte Gebirgs- und Waldlandschaft des alten thüringischen Bergstädtchens war ihm von je her besonders ans Herz gewachsen. Wir begegnen am 28. August 1831 dem Rufenfreund auf dem Rieckelhahn, wo er im einsamen Holzhäuschen die am 7. Sept. 1788 an die Bretterwand geschriebenen Worte rekonstruierte: „Ueber allen Gipfeln — ist Ruh. — In allen Wipfeln — spürest du — kaum einen Hauch. — Die Vögelein schweigen im Walde. — Warst nur, balde — ruhest du auch.“; wir finden an demselben Tage ihn auch im malerischen Körnbachgrund. Im Fremdenbuch der Wassenmühle (jetzt im Besitz der Porzellanfabrik von Elgersburg) hat er dort eigenhändig sich eingetragen. Dabei liegt ein Zettel. Darauf stehen (nicht mit Goethes bekannten Schriftzügen) die beiden Bierzeiler:

„Lange hab' ich mich gesträubt,
Endlich gab ich nach,
Wenn der alte Mensch zerstäubt,
Wird der neue wach.
Und so lang du das nicht hast,
Dieses „Stirb und werde“,
Bist du nur ein trüber Gast
Auf der dunklen Erde.“

Die zweite Strophe (mit dem Anfang „Und so lang“ du das nicht hast“) stammt aus dem Westöstlichen Diwan I, 18, 5, aus dem Gedicht „Selige Sehnsucht“ (mit dem Anfang „Sagt es niemand, nur den Weisen“). Nach Usteri „Entwicklung des paulinischen Lehrbegriffs“, 4. Aufl. Zürich 1832, S. 227 sollen beide Bierzeiler Goethe zum Verfasser haben. „Das ist natürlich nicht nachzuprüfen“, meint noch ein Gelehrter unserer Tage, „ist aber durchaus möglich“. Freilich schon Theodor Vogel in seinem

wertvollen Buch „Goethes Selbstzeugnisse über seine Stellung zur Religion und zu religiös-kirchlichen Fragen“, Leipzig 3. Aufl. 1903, stellte sich kritisch zu den Versen. Er setzte über den Eintrag des Fremdenbuchs der Mühle im Körnbach, da er hier in der fortlaufenden Nummerierung der Goethe-Zitate einhält: „Ausgeschlossen, weil schwerlich von Goethe herrührend.“ S. 145.

Die gesamte Fragestellung ist neuerdings zu einem beachtenswerten Resultat gelangt. Der Verfasser der ersten Strophe „Lange hab' ich mich gesträubt“ konnte ermittelt werden. Der Spruch steht unter der Ueberschrift „Gewinn“ in Chr. Fr. Aug. Heinroths (1773—1843, Pseudonym Treumund Wellentreter) Ges. Blättern, 1. Bd., Leipzig, in Commission bei G. F. Gleditsch 1818, auf Seite 143. Liegt bei Usteri eine irrthümliche Vermengung von Heinroth—Goethe vor oder hat er von jenem Gedicht im Fremdenbuch durch eine Abschrift Kenntnis gehabt, bleibt in Dunkel gehüllt. Jedenfalls liegt unabweisbar das Faktum Heinroth vor. Zu diesem literarischen Aufschluß, auf den vermutlich Wülfmann in den „Grenzboten“ seiner Zeit die gebildete Welt aufmerksam machte, wenn schon er nicht der glückliche Finder der ersten Druckstelle war, kommt das Urteil des Schallanalytikers Eduard Sievers, erstmalig in der gegenwärtigen Studie veröffentlicht. Eduard Sievers, brieflich um eine wissenschaftliche schallanalytische Auskunft gebeten, schrieb u. a.: „Die gestellte Frage läßt sich schallanalytisch sehr leicht und sicher beantworten. — Ganz fremd der Gruppe Goethe—Suleika ist die Strophe: „Lange hab' ich mich gesträubt“, die ja auch nur deswegen mit Goethe zusammengebracht wird, weil sie in einem Fremdenbuch der Ilmenauer Gegend von einem beliebigen Unbekannten und ohne Namensangabe neben der Suleikastrophe I, 18, 5 steht. Stimme und Personalkurze lassen keine Möglichkeit zu, an Goethe zu denken.“ Am Schluß hieß es: „Für Goethe selbst kann keine der beiden fraglichen Strophen in Anspruch genommen werden.“

Es hat sich ergeben, daß nach der lautrythmischen Untersuchung des Leipziger Germanisten auch die zweite

Strophe nicht zum Bestand des Dichters gehören kann. Wie ist das zu erklären, da sie doch in Goethes Werken steht? Schon Rudolf Hildebrand, der rühmlich bekannte Fortsetzer des Grimmischen Wörterbuchs, hat in seinen „Tagebuchblättern eines Sonntagphilosophen“ Leipzig 1896, mit dem westöstlichen Diwan-Gedicht „Selige Sehnsucht“ sich befaßt. Er hat richtig darauf hingewiesen, daß zunächst nur Str. 1—3 einen alten Bestand geben, Str. 4, 5 und das „Lange hab' ich mich gesträubt“ aber „Nachträge“ seien. Indessen Eduard Sievers unterscheidet sich wesentlich von Hildebrand und auch den übrigen Forschern, sofern jene an dem Goethischen Ursprung festhalten, er aber durch seine von ihm genial entdeckte und gehandhabte Methode der Schallanalyse die Suleika, d. h. Marianne v. Willemer als Verfasserin aufweist. Einen anderen Grund für die Autorschaft Goethes gibt es nicht, als daß das Gedicht im Diwan steht. „Im Diwan stehen aber auch sonst (zumal im Buch Suleika) eine ganze Menge (freilich auch wieder bisher nicht alle als solche anerkannte) Gedichte der Suleika, d. h. Marianne v. Willemer. Allgemein anerkannt ist aber das bekannte Silem überschriebene Gedicht „Loben, hastet mich gefangen“, das in Str. 3 ja Morgenröte auf Satem (d. h. Goethe) reimt. Strophe 1—3 der „Seligen Sehnsucht“ stimmen nun in allem Klanglichen vollkommen zu den übrigen Gedichten Mariannes, vor allem steht für diese 3. Strophe auch weiblicher Ursprung fest. Das gleiche gilt von Str. 5.“ Noch eine Anzahl anderer interessanter Ergebnisse verdanken wir Sievers. Sie lassen uns einen Einblick in die „redaktionelle“ Tätigkeit Goethes tun. 3. B. Strophe 3 war einmal Schlusstrophe des Gedichts; Str. 5 stammt ursprünglich aus einem anderen Gedicht Mariannes; Str. 4 ist unzweifelhaft goethisch (Goethe hat sie offenbar redaktionell eingeschoben). Die Hauptfache jedoch ist, daß der zweite Bierzeiler des Körnbacher Eintrags: „Und so lang' du das nicht hast“ usw. von Marianne von Willemer gedichtet ist.

Vergleiche zur Studie Sophienausgabe der Werke Goethes, B. 6, S. 753. Georg Meyer (Wurzen).

nähen in Bel
Beschlüsse von
die polnischen
schluß der Agrar
raktischen Erg
reiden Staaten
yen Wirtschafts
and, auf das d
ind deutlich ge

Was g

Mit der
Marshall P
wohl ihren
handen war
des Jahres 19
der Armee in
rung und de
Dann und w
Nichtliches w
im Sande. Al
stierpräbente
schärfere Wid
wenn nun der
dann es sich
Sieg oder die

Pfiffst
tur. Den L
als völlig
nischer Sitten
hat bisher
aber auch im
südlich gefäll
nach denen
Marshall ab
Schimpfereien
sen will, zeig
Ministerium.
Kriegsministe
am glühend
sition scheint
spielen. Kam
den, dessen
antragt we
die Auflösung
von Newwah
Wahlrecht

Aus die
politische Kr
Jüngeren gin
deutsche A
politische un
trächtig we
Minderheit
für Polen
Angriffe ab
des Reichsg
sehung auch
in dem umf
Ob die
politische
noch keines
politik wie
eigenen Mi
Daß auch P
lungen Gefa
ihm die W
gen, wie si
men sein,
Vorgängen

Auf al
gut daran
Politik auf
der Ernenn
gerechten
lender. S
spektieren o
Recht d
übrigen da
kommen, d
jetzigen Ge
jede chrl
sion der

Die
schen Land
auf einen
Stolz zu
und Wellig
die polnisc
willigung

Deuts

„Zall
hat Vertre
abzuhalten
über die
zu verhan
übrigen e
gung erzie
Es b
dazu ben
über den
Bergbaue
Arbeitsstu
wenn es
handels a

Ar
Wie
talschaf
für das
nächste
Manting
hingericht

nähen in Belles demnächst über die Durchführung der Beschlüsse von Sinaia beraten werden und sich scharf gegen die polnischen Pläne wenden, da nur der Zusammenbruch der Agrarländer Mittel- und Südosteuropas zu einem praktischen Ergebnis führen könne. Das besagt, daß diese beiden Staaten sich zu Mitteleuropa als ihrem natürlichen Wirtschaftsraum bekennen. Das Echo aus Deutschland, auf das der Balkan nun wartet, kann nicht schnell und deutlich genug erfolgen.

Dr. Benter.

Was geht in Polen vor?

— Warschau, 27. August.

Mit der Uebernahme des Ministerpräsidenten durch Marschall Pilsudski hat die innenpolitische Krise Polens wohl ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Vorhanden war diese Krise eigentlich seit den Wahlen des Jahres 1926, in denen der Marschall an der Spitze der Armee in Warschau einmarschierte und die Regierung und den Staatspräsidenten von dannen jagte. Dann und wann gab es in den letzten Jahren etwas Ähnliches wie einen Ausgleichsversuch, doch verlief alles im Sande. Als vor 5 Monaten Oberst Slawek den Ministerpräsidenten Bartel ablöste, bedurfte es keiner großen Schere, um zu erkennen, daß wieder eine schärfere Richtung eingeschlagen worden war. Und wenn nun der Marschall selbst die Fäden ergreift, dann kann es sich jetzt für beide Parteien nur noch um den Sieg oder die Kapitulation handeln.

Pilsudskis Ziel ist die Errichtung einer Diktatur. Den Landtag und die Parteien sieht Pilsudski als völlig „verderbt“ an; eine schärfere Kritik polnischer Sitten als die, die wir Pilsudski verdanken, hat bisher noch niemand geliefert. Umgekehrt sind aber auch im Auslande noch keine Urteile über Pilsudski gefällt worden, die der Sache oder der Form nach denen gleichkommen, die in Polen über den Marschall abgegeben wurden. Runmehr werden den Schimpereien wohl Taten folgen. Daß Pilsudski kämpfen will, zeigt die Berufung des Obersten Bed in das Ministerium. Oberst Bed ist der Kabinettschef des Kriegsministers und einer der Männer, die in Polen am ehesten gehandelt werden. Aber auch die Opposition scheint entschlossen zu sein, ihre Karten auszuspielen. Kampffeld soll das Plenum des Landtags werden, dessen Einberufung zu einer Sonder Sitzung beantragt werden soll. Pilsudskis Antwort darauf dürfte die Auflösung des Landtags und die Ausschreibung von Neuwahlen bei gleichzeitiger Verschlechterung des Wahlrechts sein.

Aus diesen Darlegungen ergibt sich somit, daß die polnische Krise vorwiegend innenpolitischer Natur ist. Insofern ginge sie uns also nichts an, wenn nicht die deutsche Minderheit wäre, deren Stellung durch politische und wirtschaftliche Erschütterungen beeinträchtigt werden kann. Hoffen wir, daß die deutsche Minderheit auch in den kritischen Zeiten, wie sie jetzt für Polen heraufgekommen sind, in alter Festigkeit Angriffe abzuwehren weiß. Denn zur Verwirklichung des Rechtsgedankens im Osten gehört als Voraussetzung auch das Ausharren der deutschen Minderheit in dem umstrittenen Land.

Ob die Vorgänge in Polen nicht aber auch außenpolitische Rückwirkungen haben werden, ist schließlich noch keineswegs entschieden. Offiziell wird die Außenpolitik wie bisher von Jazefski geführt; in Zukunft nach eigenen Richtlinien oder im Auftrag des Marschalls? Daß auch Pilsudski wiederholt an außenpolitischen Handlungen Gefallen gefunden hat, ist bekannt; zudem dürfte ihm die Diskussion über die deutsch-polnischen Grenzen, wie sie bis vor kurzem im Gange war, willkommen sein, um die Aufmerksamkeit Polens von den Vorgängen im Lande abzulenken.

Auf alle Fälle wird man auch außerhalb Polens gut daran tun, die nächste Entwicklung der polnischen Politik aufmerksam zu verfolgen. Insbesondere auch bei der Ernennung eines Nachfolgers für den tapferen und gerechten Präsidenten der Schiedskommission, Caslonder. Man mag in Warschau die Verfassung respektieren oder sie verletzen, eines ist unverkennbar: das Recht der deutschen Minderheit! Und im übrigen darf in der Welt kein Zweifel darüber aufkommen, daß die deutsch-polnische Grenze in ihrer jetzigen Gestalt ungerecht und eine Gefahr ist, so daß jede ehrliche Friedenspolitik eine Politik der Revision der Verträge von Versailles sein muß.

Kasernenbauten in Ostoberschlesien.

Die Invalidenversicherungsabteilung der polnischen Landesversicherungsanstalt in Königsberg hat auf einen Antrag der Wojewodschaft sieben Millionen Floty zu Kasernenbauten in Königsberg, Rastowitz und Bialystok bewilligt. Die deutschen, wie verlautet, auch die polnischen Gewerkschaften wollen gegen die Bewilligung Einspruch erheben.

Deutsch-englische Bergwerkstkonferenz.

„Daily Herald“ meldet: Das Arbeitsministerium hat Vertreter Deutschlands zu einer im nächsten Monat abzuhaltenden Konferenz in London eingeladen, um über die Frage der Arbeitszeit in den Bergwerken zu verhandeln; in dieser Frage konnte aus der im übrigen erfolgreichen Genfer Besprechung keine Einigung erzielt werden.

Es verlautet, daß die Gelegenheit vielleicht auch dazu benutzt werden wird, um eine Vereinbarung über den internationalen Marktplan zu erörtern. Der Bergbau sekretär Schinwell und die hohen Beamten des Bergbauamtes glauben, daß ein Abkommen über die Arbeitsstunden nur dann in Anwendung treten kann, wenn es von einem Plan zur Regelung des Kohlenhandels auf den Exportmärkten begleitet ist.

Kriegsprämie Tschiangkaiſcheks.

Wie aus Schanghai gemeldet wird, hat Tschiangkaiſchek Belohnungen in Höhe von einer Mill. Dollar für das Bataillon ausgesetzt, das als erstes die als nächste Kampfsiele angegebenen Städte besetzt. — In Nanking wurden 300 Studenten verhaftet und einige hingerichtet.

Deutscher Schritt in Warschau.

Scharfer Protest gegen die Grenzverletzungen durch polnische Flieger.

— Berlin, 27. August.

Der deutsche Geschäftsträger in Warschau hat im Außenministerium der polnischen Regierung einen scharfen deutschen Protest wegen der dauernden Verletzung der deutschen Hoheitsrechte durch die Ueberfliegung der Grenzmarken durch polnische Flugzeuge überreicht. Insbesondere hat der deutsche Geschäftsträger auch darauf verwiesen, daß die von der polnischen Regierung wiederholt abgegebenen Versicherungen eine Aenderung nicht herbeigeführt haben.

Hinsichtlich der Ueberfliegung Kessls durch ein französisches Flugzeuggeschwader haben die amtlichen Ermittlungen ergeben, daß es sich hier um rumänische Flugzeuge handelte, die in Straburg aufgestiegen waren und von Deutschland die Genehmigung zur Ueberfliegung der deutschen Grenze eingeholt hatten.

Der deutsche Protest in Warschau war eine Notwendigkeit, und ebenso ist es notwendig, daß jetzt Maßnahmen durchgeführt werden, die jede neue Verletzung der deutschen Hoheitsrechte strikte ausschließen. Bekanntlich hat die Reichsregierung Erwägungen darüber angestellt, was über papierene Proteste hinaus weiter getan werden kann, um den deutschen Osten vor neuen Beunruhigungen zu bewahren. Darüber, daß es jetzt an der Zeit ist, diese Maßnahmen durchzuführen, bestehen wohl keine Zweifel mehr.

Kabinettsrat über Reformprogramm.

Unzutreffende Gerüchte.

Das Reichskabinettsrat hielt unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning eine neue Sitzung ab, um sich endgültig über das Programm der Reformen, die im Herbst durchgeführt werden sollen, schlüssig zu werden. Grundlage der Beratungen waren die Vorschläge, die Reichsfinanzminister Dr. Dietrich schon in der Vorwoche dem Kabinettsrat unterbreitet hatte.

Die Meldungen, wonach im Rahmen der Finanzreform eine Erhöhung der Lohnsteuer in Erwägung gezogen werde, entsprechen, wie von zuständigen Stellen ausdrücklich bemerkt wird, in keiner Weise den Tatsachen. Auch die Meldung einer Berliner Zeitung, nach der erhebliche Teile der Hauszinssteuer verwendet werden sollen, um eine Senkung der Einkommen- und der Realsteuern zu ermöglichen, wird von Regierungsseite als sachliche nicht begründete Mitteilung bezeichnet.

Donnerstag Reichsratsitzung.

Für Donnerstag ist der Reichsrat, die Vertreterversammlung der deutschen Länder, zu einer Vollversammlung einberufen worden.

Der Umsturz in Peru.

Straßenunruhen und Plünderungen. — Belagerungszustand verhängt.

— New York, 27. August.

Das Militärkabinettsrat, das in Peru nach der Flucht des Staatspräsidenten die Macht übernommen hat, hat den Belagerungszustand verhängt. Das Zentrum der Revolution liegt im Süden des Landes. In Arequipa ist es erneut zu Unruhen gekommen.

Die Menge versuchte, in die Wohnung des geschäftlichen Staatspräsidenten Leguia einzudringen und sie zu plündern, wurde aber durch Schüsse zurückgetrieben, wobei mehrere Personen getötet wurden. Auch das Haus des früheren Außenministers wurde ausgeplündert und die Gebäude dreier Zeitungen, die als Organe des Staatspräsidenten galten, mit Steinen bombardiert. Ebenso kam es in dem Zentralgefängnis zu Revolten, da verschiedene politische Gefangene ihre sofortige Freilassung verlangten, die jedoch verweigert wurde. Auf die Gefangenen wurden mehrere Schüsse abgegeben. In dem allgemeinen Tumult brach ein Feuer aus, wodurch mehrere Personen verletzt wurden.

Die Anhänger der Revolution bezeichneten den geschäftlichen Staatspräsidenten als einen „betrachteten Dieb der Vereinigten Staaten“.

In einer Ansprache vor Studenten versprach General Ponce, der Führer der revolutionären Militärjunta, der geschäftliche Präsident Leguia, ein Vollblutindianer, werde zurückgekehrt und für seine „Missetaten“ bestraft werden.

Eine Rundgebung der revolutionären Junta in Peru.

— New York, 27. August. Nach Meldungen aus Lima veröffentlicht die revolutionäre Junta eine Rundgebung, in der es u. a. heißt, daß die Junta die internationalen Verträge genau einhalten wolle, die schlechten Monopole abschaffen und das Vermögen aller Anhänger der früheren Regierung beschlagnahmen werde, die Regierungsgelder unterschlagen hätten. Ferner sollten in allen diplomatischen Vertretungen Personalveränderungen erfolgen, allgemeine Wahlen ausgeschrieben und in Kürze eine politische Amnestie erlassen werden. Der frühere Präsident Leguia, der sich unter scharfer Bewachung auf einem Kriegsschiff befindet, soll angeblich schwer erkrankt sein.

Die Revolution in Peru, die zweite, von der Südamerika in diesem Jahre betroffen worden ist, darf nicht mit europäischen Maßstäben gemessen werden. Die Verfassungen dieser Länder sehen zwar alle rechtlich gewählte Präsidenten und gesetzgebende Körperschaften vor, doch will das nichts besagen, wenn die Gesetze vielfach nur auf dem Papier stehen. In einem wilden Kleinkrieg gegen Spanien groß geworden, neigen die Führer der südamerikanischen Parteien auch heute noch zum Losschlagen. Dazu wird wohl auch vom Auslande her manches getan, um diese oder jene Gruppe von der Macht auszuschließen oder an die Macht zu bringen.

Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Ausführungsverordnung zum Weingesetz und Ausschüsse über den zweiten Abschnitt der Rotverordnungen der Reichsregierung, der sich mit der Gemeindefiskal-, Gemeindegeld-, Bürgersteuer und den Ausführungsbestimmungen beschäftigt. Der Reichsjustizminister hat weiter eine Vorlage über die Mündelsicherheit von Reichsbahnstationen auf der Tagesordnung und den Entwurf der Durchführungsverordnung für das Gesetz über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken. Ferner ist dem Reichsrat inzwischen auch der Entwurf des neuen Reichswahlgesetzes sowie die Mitteilung über die Auflösung der Reichsverwaltung für die besetzten Gebiete zugegangen.

Europa-Konferenz einberufen.

Endgültige Festsetzung auf den 8. September. — Senator Hubert erklärt.

— Paris, 27. August.

Nachdem 15 Regierungen dem französischen Außenminister Amt ihr Einverständnis zu Verhandlungen über den Paneuropaplan im Rahmen der Genfer Zusammenkunft mitgeteilt haben, hat Briand nunmehr die Konferenz endgültig für den Nachmittag des 8. September einberufen. Eine zweite Sitzung soll am 9. September stattfinden. An den Verhandlungen werden u. a. teilnehmen für Frankreich Briand, für Deutschland Reichsaussenminister Dr. Curtius, für England Henderson, für Polen Außenminister Jazefski, für Belgien Hymans und für die Tschechoslowakei Außenminister Benes.

Ueber Briands Plan äußerte sich der frühere französische Minister und Völkerbundsdelegierte Senator Hubert dahin, die Paneuropaverhandlungen würden in Geheimisungen vor sich gehen. Im übrigen führte er aus, man müsse den Dingen ins Auge sehen. Auf dem Gebiete der moralischen Werte stehe Europa an der Spitze, aber auf materiellem Gebiete werde es zurückgebrängt.

Europa müsse sich rationalisieren. Es werde entweder, „natürlich mit großer Vorsicht und der notwendigen Biegsamkeit“, eine aufrichtige Anstrengung zu einer gemeinsamen Organisation machen, oder es wird der Anarchie der griechischen Städte oder der Delandz der italienischen Republiken des Mittelalters entgegengehen. Die Stunde hätte geschlagen, in der es sich über sein Schicksal entscheiden müsse.

Seit es sich um die Gefahren handelt, die Europa drohen, hat Senator Hubert die Dinge richtig eingeschätzt. Was ihre Abwendung betrifft, hängt alles davon ab, ob der Satz „Europa muß sich rationalisieren“ gleichbedeutend ist mit dem: Europa muß die Verträge revidieren.

Gronau in New York gelandet.

Der Start in Halifax.

Am Morgen des Dienstags hatte das deutsche Dornier-Wal-Flugboot des Ozeanfliegers v. Gronau in Halifax seine Vorbereitungen zum Weiterflug beendet.

Wegen des dichten Nebels verzögerte sich aber der Start erheblich. Erst nach 9 Uhr amerikanischer Zeit verlor sich nach und nach die dichte Luft. Um 9.50 startete dann v. Gronau zum Flug nach New York.

Albertausende von Zuschauern waren in den frühen Morgenstunden nach dem Anlegeplatz hinausgebilgert, um dem Start beizuwohnen. Der Hafen wimmelte von Booten; Polizeikutter rasten auf und ab, um die Startbahn freizuhalten.

In Halifax

waren die deutschen Piloten Gäste der Stadt, die ihnen zu Ehren ein Bankett gab. Bei dieser Gelegenheit erzählte v. Gronau, er habe ursprünglich die Absicht gehabt, Greenly Island, den Landungsplatz der „Bremer“, zu überfliegen. Aber der undurchdringliche Nebel, der über der Insel lagerte, habe sie gezwungen, den Kurs zu ändern.

Am Ziele.

Der deutsche Ozeanflieger v. Gronau ist am Dienstag mit seiner Begleitung um 4.45 Uhr Ortszeit in New York glatt gelandet.

Empfang der Ozean-Flieger in New York.

— New York, 26. August. Etwa 10 000 Menschen hatten sich in Battery Park eingefunden, als die deutschen Flieger von einem Vertreter des Oberbürgermeisters Walker und dem deutschen Konsul von New York, Heuser, begleitet, unter den jubelnden Zurufen der Menge an Land gingen. Nach der offiziellen Begrüßung schilderte von Gronau in schlichten Worten seinen Flug, dessen letzter Teil bei schönstem Wetter vor sich gegangen sei. Ueber seine weiteren Pläne erklärte Gronau, daß sie von den Anweisungen aus Deutschland abhingen. Nach dem Empfang begaben sich die Flieger wieder an Bord des Flugbootes, um es für die Dauer des New Yorker Aufenthaltes nach Northbeach zu bringen.

Wie ergänzend zu berichten ist, verließ zur gleichen Zeit, als das Flugboot auf Wasser niederging, der englische Dampfer „Majestic“ den Hafen, wobei er den Fliegern mehrere Male seinen Gruß entbot.

Der Atlantikflug Gronaus mit dem Flugboot Dornier-Wal dürfte nach Meinung Dr. Dorniers deshalb von besonderem Interesse sein, weil es das erstmalig ist, daß mit einem Seeflugzeug der Nordatlantik überwonnen worden ist. Dieser Flug bedeutet eine wichtige Pionierarbeit für den kommenden Transoceanverkehr, denn nur mit Seeflugzeugen wird es möglich sein, einen solchen Verkehr unter Ausschaltung der Hauptgefahren systematisch zu studieren und durchzuführen.

Tabakwarenverkauf in Gastwirtschaften.

„Wenn die Wirtschaften nur keinen Schaden erleiden! Ob die Volksgesundheit dabei zum Teufel geht, ist ganz egal!“ — Wie schon einmal im Vorjahre hatte die städtische Polizeiverwaltung in Hannover in den hannoverschen Tageszeitungen eine Notiz veröffentlicht, in der die Behauptung aufgestellt wird, daß Gastwirte Tabakwaren nicht über die Straße verkaufen dürfen. Da diese Notiz unrichtig und geeignet war, dem Wirte erheblichen Schaden zuzufügen, hat der Provinzialverwaltungsverband Hannover den Zeitungen sofort eine Richtigstellung zugehen lassen und darin zum Ausdruck gebracht, daß jeder Gastwirt Tabakwaren während der üblichen Ladenverkaufszeiten über die Straße verkaufen darf, soviel er will, und daß richtig nur die Tatsache ist, daß außerhalb der Ladenverkaufszeiten, d. h. nach 7 Uhr abends und im allgemeinen an Sonn- und Festtagen Tabakwaren nicht über die Straße verkauft werden dürfen.

Sehr wichtig ist hier eine Entscheidung des Preussischen Kammergerichts (Johann 14, S. 380), in der es u. a. heißt: „Gast- und Schankwirten ist der Verkauf von Branntwein, von Bier und Wein in Flaschen, Zigarren, Konditorwaren, Delikatessen, Wurst, kaltem Aufschnitt usw., über die Straße nur während der für das Handelsgewerbe freigegebenen Stunden gestattet.“ Zu beachten sind ferner die Vorschriften der Preussischen Ausführungsverordnung vom 1. Mai 1904 zur Reichsgewerbeordnung, in der es unter „a“ in Ziffer 135 u. a. heißt, daß „der Verkauf von Branntwein, von Wein und Bier in Flaschen, sowie Zigarren, Konditorwaren, Delikatessen, Wurst, kaltem Aufschnitt und dergl. durch die Gast- und Schankwirte, sofern diese Waren nicht an Gasse des Schankbetriebes zum Genuß auf der Stelle verabfolgt werden, an Sonn- und Festtagen nur während der für das Handelsgewerbe freigegebenen Stunden zu dulden ist.“ In einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts (III. B. 21/27), in der es sich um die unbefugte Abgabe von Rauchwaren als Grund für die Zurücknahme der Schankerlaubnis handelte, wird ebenfalls angeführt: „nach den gesetzlichen Vorschriften sei B. als Schankwirt befugt gewesen, Rauchwaren während der Zeit zu verabfolgen, während welcher ein Betrieb in offenen Verkaufsstellen gestattet sei.“ Hingewiesen wird auf ein Urteil des bayerischen Obersten Landesgerichts (II. 35/28), in dem es zum Schluß heißt: „An einen Passanten dürfen eben außerhalb der Ladenzeit Rauchwaren nicht verkauft werden.“

Aus all diesen Bestimmungen und gerichtlichen Entscheidungen geht einwandfrei hervor, daß jedem Schank- und Gastwirt der Verkauf von Tabakwaren über die Straße während der üblichen Ladenverkaufszeiten uneingeschränkt gestattet ist. Eine ganz eigenartige Auffassung ist es, wenn die städtische Polizeiverwaltung behauptet, daß nur der Gastwirt Tabakwaren über die Straße verkaufen dürfe, der neben seinem Schankbetrieb noch den Handel mit Tabakwaren betreibt und dieses Gewerbe „vorschriftsmäßig angemeldet“ hat. Die städtische Polizeiverwaltung verkennt vollkommen, daß die volle Schankkonzession auch den „Kleinhandel mit Spirituosen“ in sich schließt. Auch dieser Handel ist kein „Schank“ sondern „Kleinhandel“, aber deshalb ist der Gastwirt noch lange nicht verpflichtet, nun „vorschriftsmäßig“ bei der städtischen Polizei — in anderen Orten ebenfalls bei der Gewerbebehörde — noch einen besonderen „Kleinhandel mit Spirituosen“ anzumelden. Daß der Gastwirt als „Kleinhandeler mit Tabakerzeugnissen“ anzusehen ist, hat u. a. auch schon der Reichsfinanzhof (Aktenzeichen 4 S. 191 28.) in einer ausführlichen Begründung dargelegt. Nach alledem scheint es unverständlich, wie die städtische Polizeiverwaltung zu einer so merkwürdigen, nirgends begründeten Rechtsauffassung gelangen konnte. Um nun zwangsläufig eine Entscheidung herbeizuführen, ist von einer Seite aus an die städtische Polizeiverwaltung eine Anzeige gerichtet worden: „Ich gestatte mir, Ihnen ganz ergebenst mitzuteilen, daß ich am Sonnabend mittags 1,15 Uhr bei dem Schankwirt Konrad P. (folgt Straße), zwei Zigarren zu je 15 Rpfr. und bei dem Schankwirt Friedrich D. (folgt Straße) zwei Zigarren zu je 15 Rpfr. gekauft und nach Hause mitgenommen habe. Als Zeugen benenne ich: erstens den Gastwirt Konrad P., 2. dessen Tochter Frä. Elisabeth P., 3. den Gastwirt D.,

4. dessen Ehefrau. Ich stelle hiermit Strafantrag gegen mich selbst und die beiden genannten Wirte und sehe Ihrer Strafverfügung mit Vergnügen entgegen.“ Der Bericht zeigt die ganze zynische, ja, gewissenlose Einstellung der heutigen Zeit. Die Wissenschaft lehrt, daß der Tabakgenuss, ebenso wie der Alkoholgenuss, die Herzkrankheiten, die Erkrankungen an Krebs und Tuberkulose, die Entstehung von Geisteskrankheiten und Verbrechen fördert. Aber die Regierung fördert systematisch den Tabakbau und den Alkoholgenuss „aus wirtschaftlichen Gründen“, und die Wirte fördern Verkaufserleichterungen für ihre Gäste! — Unsere Wälsche sinkt immer tiefer, wozu die 2,8 Milliarden Tabakeinfuhr aus dem Auslande kräftig beitragen, aber Wissenschaft und tägliche Erfahrung werden in den Staub getreten — wegen scheinbarer Augenblicksgewinne, — weil der Grundsatz verloren gegangen ist, der gleichzeitig christlich, national und sozial ist: Gemeinnutz geht über Eigennutz!

Sanitätsrat Dr. Vonne.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 27. August 1930.

— Reichsinnenminister Dr. Brüning hat wegen eines Flugblattes gegen Hirschberger Nationalsozialisten Strafantrag gestellt.

— Letzte Fahrt des Schlachtkreuzers „Hindenburg“. Das letzte der bei Scapa Flow 1919 versenkten deutschen Großkampfschiffe, der Schlachtkreuzer „Hindenburg“, dessen Hebung erst vor wenigen Wochen gelang, wird jetzt nach Rosyth geschleppt, wo er abgewrackt werden soll.

— Schiedsspruch für die Ruhr-Eisen- und Metallindustrie. Im Arbeitszeitstreit in der nordwestlichen Eisen- und Metallindustrie wurde ein Schiedsspruch gefällt, in dem für etwa 2000 bis 3000 Arbeiter die Arbeitszeit zum Teil von 57, 54 und 52 Stunden auf 48 Stunden herabgesetzt wurde. Der Vertrag läuft auf ein Jahr. Die Arbeitgeber haben sich zu einem Lohnausgleich bereit erklärt. Die Erklärungsfrist zum Schiedsspruch läuft am 1. September dieses Jahres ab.

— Beisetzung Dr. am Jahnhoofs in Köln. Der verstorbene ehemalige preussische Justizminister Dr. am Jahnhoof wird in aller Stille in Köln beigesetzt werden. Der Reichstagsler, der preussische Ministerpräsident u. a. m. sprachen der Richte des Verstorbenen ihr Beileid aus.

— Notopfer auch der Abgeordneten? Im Zusammenhang mit der Verordnung über das Notopfer der Beamten haben die Abgeordneten Falk und Nebel im Preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, nach dem für die Dauer des Notopfers der Beamten die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten um 10 Prozent gekürzt werden sollen.

Kommunistische Unruhen in der Marine.

— Leipzig, 27. August. Vor dem Reichsgericht begann ein Hochverratsprozess gegen drei Wilhelmshavener Kommunisten, die im Januar dieses Jahres den Versuch gemacht hatten, Heftschriften unter die Besatzung des Kreuzers „Emden“ zu verteilen. Es sind dies der 39 Jahre alte Arbeiter Hermann Walter, der 30 Jahre alte ledige Arbeiter Georg Arntjen und der 46 Jahre alte verheiratete Seehelzer Erich Wende. Die Angeklagten sollen durch Flugblätter, die an Laternenpfähle und Balken in der Nähe der in Wilhelmshaven liegenden „Emden“ befestigt waren, zur Meuterei nach dem Muster des Aufstandes auf dem Panzerkreuzer „Potemkin“ aufgefordert haben.

Rundschau im Auslande.

— Die französische Nachrichtenagentur Havas bezeichnet die Gerüchte, wonach 40 Fremdenlegionäre wegen Meuterei erschossen worden seien, als unwahr.

Geringer Rückgang der Arbeitslosenzahl in England.

— London, 26. August. Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien ist in der am 18. August zu Ende gegangenen Woche seit der Vorwoche um 32 780 auf 2 017 959 zurückgegangen. Im Vergleich mit derselben Zeit des Vorjahres ist sie jedoch um 855 673 höher.

Politische Brandstiftung in Ungarn.

— Aus Ungarn kommen Nachrichten über Brandstiftungen und Sabotageakte, die von der geheimen ungarischen Militärorganisation verübt sein sollen.

So wurden bei Volkow Getreidespeicher des Grafen Potocki angezündet. Bald darauf wurde bei Zolowoniki ein Meierhof des Grafen Szeptycki in Brand gesteckt.

Deutsch-englisches Kohlentariff?

— London, 27. August. Von englischer halbamtlicher Seite wird soeben bekanntgegeben, daß die Arbeitsministerin Miss Bondfield persönlich den Reichsarbeitsminister Stegerwald eingeladen habe, im September nach London zu kommen, um die in Genf bereits eingeleiteten deutsch-englischen Verhandlungen über die Regelung der Arbeitszeit im Bergbau abzuschließen und insbesondere die Frage der Überstunden, für die noch keine Lösung gefunden worden ist, zu regeln. Im hiesigen Arbeitsministerium wird erklärt, daß diese Zusammenkunft erst nach den Wahlen stattfinden könne, da der Reichsminister Stegerwald vorher in Deutschland unabkömmlich sei. Ein Teil der englischen Presse sieht in dieser Einladung den Auftakt zur Gründung eines deutsch-englischen Kohlentariffs.

Der schwarze Tod.

Grubenkatastrophe in Oboersieblesien. — Neun Tote.

Ein schweres Grubenunglück ereignete sich auf dem Hildebrand-Schacht bei Antonienhütte in der Nähe von Kattowitz, als plötzlich dort mehrere Pfeiler einstürzten. Vierzehn Bergleute, die gerade dort beschäftigt waren, wurden durch die Gesteinsmassen abgeschnitten. Es wurden sofort Rettungsaktionen eingeleitet, die fünf Mann lebend zutage brachten.

Von den anderen Verschütteten konnten inzwischen drei als lebend geborgen werden; die sechs übrigen gelten als verloren, da auf ihnen gewaltige Gesteinsmassen lagern.

Freizeit der Freien Volkskirchlichen Vereinigung im Kloster Urspring.

In den letzten Tagen des Juli hielt die „Freie Volkskirchliche Vereinigung“ ihre diesjährige Freizeit in den Räumen der evangelischen Schulgemeinde Urspring bei Schelklingen. Diese hat das frühere Benediktinerinnenkloster erworben, um darin ein staatlich anerkanntes Reform-Realgymnasium zu eröffnen, das im Mai dieses Jahres den Unterricht mit Schülern und Schülerinnen aus Süd- und Norddeutschland begann.

Unter der Leitung des ersten Vorsitzenden, Dekan Welsch aus Baihingen a. d. Enz, wurde in 3 Vorträgen über protestantische Freiheit und kirchliche Gemeinschaft gesprochen. Die Morgen- und Abendandachten im Anschluß an das Gebet der Tageszeiten, umrahmten die Arbeit. Das schöne Wetter gestattete, die meisten Vorträge und Ausprachen im Garten zu halten. Für die Andachten wurde die neu hergerichtete Kapelle unter der großen Empore benutzt. Es zeigte sich, daß die abgeschlossene Lage des Klosters für solche Freizeiten besonders geeignet ist und man darf hoffen, daß die noch bevorstehenden Freizeiten, zuerst einer Eingewöhnung unter Leitung von Dr. Konrad Umlen aus Rassel und eine Freizeit unter Leitung von Prof. Dr. D. Wilhelm Stählin aus Münster, der seit der Gründung zu den warmen Freunden Ursprings gehört, ebenso günstig verlaufen.

Bethel.

— Blaukreuz-Verein Bethel. Donnerstag abd. 8 1/2 Uhr Blaukreuzstunde in Gosen. Jeder ist herzlich eingeladen.

— Betriebs-Krankenkasse „Krankenhilfe“.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten v. 26. Juli 1930 sind nach §§ 182a und 205 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung bei der Entnahme der Arznei usw. an die abgebende Stelle (Apotheker, Drogerie, Optiker usw.) 50 Reichspfennig für Versicherte, und bei Familien-Angehörigen 30 v. H. für jede ärztliche Verordnung von den Mitgliedern der Krankenkasse zu zahlen. Die von den Mitgliedern zu tragenden Kosten werden von der abgebenden Stelle sofort eingezogen.

Diese Bestimmung tritt am 1. Sept. 1930 in Kraft.

Werbt neue „Aufwärts“-Freunde!

Helft uns, diese unabhängige christliche Tageszeitung in weiteren Kreisen unseres Volkes zu verbreiten. Der „Aufwärts“ wird bei der Post bestellt. Er kostet monatlich 1,25 RM und 36 Pfg. Bestellgeld. Gedruckt wird er in Bethel. Der Verlagsort ist Bielefeld.

Liebhaber-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Bethelschule

für Mädchen mit Töchterheim

Oeffentliche höhere Mädchenschule in Bethel bei Bielefeld

Lehrplan des Lyzeums.

Zur Zeit Klassen von Sexta bis Obertertia vorhanden.

Umwandlung in Lyzeum für Ostern 1931 beschlossen.

Mit der Schule ist ein Schülerinnenheim verbunden.

Schularbeiten unter Aufsicht der Lehrkräfte.

Näheres durch Schulrat Dr. Schmidt, Bethel bei Bielefeld.

Gebildete gläub. Familie

gekauft, die 19jährige Nordamerikanerin zur Erlernung von gutem Deutsch und Befestigung in guten Umgangsformen aufnimmt. Fortbildung in Französisch und Russisch erwünscht. Angebote und Bedingungen erb. an D. Kaufmann, Bad Lauterberg (Harz) Oberpromenade.

Kur-Anstalt Erholungsheim

vegetarisch und Rohkost Ebert Benneckenstein-Hochharz unweit Braunlage Pastor Felkekuren. Prosp. freil

Gehobenergelelle

19 Jahre, mit allen vorfindenden Maß- und Reparaturarbeiten vertraut, sucht für sofort od. später Stellung. Angebote an Friedrich Benhöfer, Soltau (Prov. Hannover), Außerhalb 4.

Hochgebirgs-Nonnenkuren

Herbst und Winter im Ev. Erholungsheim Hasliberghaus Goldern (Berner Oberland) 1060 m. Sorgfältige Pflege. Trauliches Familienleben. Tagespreis von 8 Fr. an. Ausbildung von Hausköchinnen. Illust. Prospekt v. Hausvaler.

Betten

Einzel- und Doppelbetten, Schlafzimmer, Kinder- und Polster, Chaisel, an jeden, Teile. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür).

Dem stillen, lieblichen Wald-

frieden im Albtal, südl. Schwarzwald, gliedert sich jetzt

Bergfrieden

in Orselina-Locarno (Südschweiz) an. Allen, die Erholung von Krankheit, Leid oder Arbeit suchen, seien diese Heime empfohlen. Preis in Waldfrieden pro Tag 4 RM. Preis in Orselina pro Tag 5 RM. Anfragen für Beides an Haus Waldfrieden, Oberkulturan bei St. Blasien.

Durch Kontrolle des vereidigten Chemikers Dr. Robinus, Bielefeld, ist die Echtheit meines

Bienen-Blüten-Honig

10 Pf. Dose 10.05 RM, vorwiegend Ake-Bienenblüte 12.00 RM, halbe Dose 6.10 RM und 7.10 RM, 1/2 Pf. Dose 3.00 RM und 3.30 RM frei Haus. Nachh. 30 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme. W. Krieger, Borgein 2. Kr. Gese. Dieser Honig ist auch in Dpht, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.

Stellengesuche u. Angebote

haben im „Aufwärts“ großen Erfolg

Schriftleitung: W. Kraus, Wirtschaft, und Westpolitik: Dr. F. Bittel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schlegelstr. 28. Für Geldsendungen Postcheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.